

# Rechtliche und finanzielle Hürden für kommunale Wärmenetze

Herausforderungen bei Gesetzgebung und Finanzierung lokaler Heizsysteme

## Wärmenetze als Schlüssel zur Wärmewende

### Rolle der Wärmenetze

- Wärmenetze ermöglichen eine effiziente und nachhaltige Wärmeversorgung als zentraler Bestandteil der Wärmewende.
- Wärmenetze sind Schlüsseltechnologie für die Erreichung der Klimaziele bis 2045 durch nachhaltige Wärmeversorgung.

### Integration erneuerbarer Energien

- Wärmenetze integrieren Biomasse, Solarthermie und industrielle Abwärme zur Reduktion fossiler Brennstoffe.

### Herausforderungen für Kommunen

- Planung, rechtliche und finanzielle Aspekte sowie gesellschaftliche Akzeptanz sind entscheidend für Erfolg.

### Langfristige Vorteile

- Wärmenetze sichern Versorgung, stabilisieren Energiepreise und fördern ökologische Nachhaltigkeit.



### Rechtliche Rahmenbedingungen

- Kommunen müssen Vergaberecht und kommunalrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten bei Wärmenetzen berücksichtigen.

### Finanzielle Förderungen

- Förderprogramme wie BEW und BEG unterstützen die Wirtschaftlichkeit von kommunalen Wärmenetzen.

### Koordinierte Zusammenarbeit

- Erfolgreiche Wärmenetze erfordern Zusammenarbeit zwischen Kommunen, privaten Akteuren und Staat.



## **Gesetzliche Verpflichtungen**

- Kommunen müssen Wärme- und Kältepläne bis 2045 zur treibhausgasneutralen Versorgung erstellen, gemäß §7 EWKG.

## **Strategische Wärmeplanung**

- Wärmepläne analysieren Wärmebedarf, Infrastruktur, erneuerbare Energien und Abwärmenutzung für nachhaltige Versorgung.

## **Technische und organisatorische Herausforderungen**

- Wärmeversorgung erfordert rechtliche, finanzielle und organisatorische Maßnahmen wie Anschlusszwang und Bauleitplanung.

## **Förderprogramme und Strategie**

- Erfolg der Wärmewende hängt von klarer Strategie und Nutzung von Fördermitteln ab.

### **Anschluss- und Benutzungszwang**

- Der Anschluss- und Benutzungszwang nach GEG und Gemeindeordnung sichert eine ausreichende Abnahmedichte für Wärmenetze.

### **Bauleitplanung und Verträge**

- Bauleitplanung und städtebauliche Verträge regeln die Wärmeversorgung bei Neubaugebieten und Quartiersentwicklungen.

### **Bestellung von Grunddienstbarkeiten**

- Grunddienstbarkeiten sichern langfristige Nutzungsrechte für Leitungen im kommunalen Wärmenetz.

### **Rechtliche Prüfung und Vergaberecht**

- Sorgfältige rechtliche Prüfung und Einhaltung des Vergaberechts sind für kommunale Wärmenetzprojekte essenziell.





### Rechtliche Grundlagen

- Anschluss- und Benutzungszwang basiert auf § 109 GEG und § 17 GO als rechtliche Grundlage für Wärmenetze.

### Voraussetzungen und Umsetzung

- Dringendes öffentliches Bedürfnis und Satzung regeln Versorgungsgebiet, Verpflichtete und Ausnahmen.

### Vorteile des Anschlusszwangs

- Hohe Abnahmedichte sichert Wirtschaftlichkeit des Wärmenetzes und stabile Versorgung.

### Nachteile und Ausnahmen

- Akzeptanzprobleme und eingeschränkte Entscheidungsfreiheit; Ausnahmen für emissionsfreie Systeme möglich.



### Private Betreiber

Das Modell sieht einen privaten Versorger vor, der das Netz errichtet und betreibt, ohne kommunalen Einfluss oder Betriebsverpflichtung.

### Kommunale Beteiligung

Die Kommune ist an der Betreiberogellschaft beteiligt, was Einfluss ermöglicht, aber vergaberechtliche Risiken birgt.

### Betreibermodell der Kommune

Die Kommune bleibt Eigentümerin und vergibt den Betrieb an Dritte, mit Anschluss- und Benutzungszwang zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit.

### Rechtliche und finanzielle Aspekte

Modelle beeinflussen Finanzierung, Vergabeart und Fördermittel, erfordern sorgfältige Vertragsgestaltung und Risikoabwägung.

### **Eigenerfüllung durch Kommune**

- Die Kommune plant, baut und betreibt das Wärmenetz selbst, was hohe Kontrolle und personellen Aufwand bedeutet.

### **Betreibermodell**

- Die Kommune bleibt Eigentümerin, überträgt den Betrieb aber an ein privates Unternehmen mit kontrollierenden Ausschreibungen.

### **Privater Betreiber**

- Das Eigentum liegt beim privaten Betreiber, die Kommune vergibt Planungs- und Nutzungsrechte, was rechtlich komplex ist.

### **Kooperationsmodelle**

- Kommune arbeitet mit öffentlichen oder privaten Partnern zusammen, um Risiken und Vorteile zu teilen.



#### **Kooperationsmodelle**

- Regionale Kooperationen bündeln Ressourcen und fördern Beteiligung von Kommunen, Stadtwerken, Bürgern und Unternehmen.

#### **Steuerliche Vorteile**

- Vermögensverwaltende GmbH & Co. KGs sind oft steuerlich vorteilhaft, da sie keine Gewerbesteuer auslösen.

#### **Genossenschaften und Mitbestimmung**

- Genossenschaften bieten demokratische Mitbestimmung, erfordern aber Kontrollverzicht der öffentlichen Hand.

#### **Risikostreuung und Finanzierung**

- Kooperationen ermöglichen breite Risikostreuung und erleichtern komplexe Infrastrukturprojekte.

### **Marktbeherrschende Stellung der Kommunen**

- Kommunen haben eine marktbeherrschende Stellung bei der Vergabe von Wegenutzungsrechten, was kartellrechtliche Anforderungen auslöst.

### **Ausschreibungspflicht und Wettbewerbsrecht**

- Wegenutzungsverträge gelten als knappes Gut und müssen diskriminierungsfrei vergeben sowie ausgeschrieben werden, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

### **Fehlende sektorspezifische Regulierung**

- Für Fernwärme gelten keine sektorspezifischen Vorschriften wie bei Strom und Gas, stattdessen allgemeine vergabe- und kartellrechtliche Vorgaben.

### **Strukturiertes Auswahlverfahren**

- Kommunen müssen ein transparentes und strukturiertes Verfahren durchführen, um Gleichbehandlung aller Interessenten sicherzustellen.

### **Ausschreibungsgrenzen**

- Ab bestimmten Schwellenwerten sind europaweite Ausschreibungen für Bau- und Dienstleistungsaufträge verpflichtend.

### **Inhouse-Vergabe Ausnahmen**

- Inhouse-Vergabe ist nur bei kommunaler Kontrolle und ohne private Kapitalbeteiligung zulässig.

### **Kartellrechtliche Aspekte**

- Kartellrechtliche Vorgaben wie das Missbrauchsverbot nach § 19 GWB sind bei der Vergabe zu beachten.

### **Wegenutzungsrechte und Risiken**

- Die Vergabe von Wegenutzungsrechten ist rechtlich umstritten und kann Verzögerungen verursachen.

### **Hohe Investitionskosten**

- Der Aufbau von Wärmenetzen erfordert hohe Investitionen und ist wirtschaftlich nur bei gesicherter Abnahmedichte tragfähig.

### **Förderprogramme BEW und BEG**

- BEW unterstützt Neubau und Dekarbonisierung mit Zuschüssen bis zu 40 %, BEG fördert kleinere Netze und Gebäudenetze.

### **Gesetzliche Zuschläge und Kredite**

- WKG bietet Zuschläge für Ausbau, KfW-Kredite sind mit günstigen Konditionen verfügbar.

### **Komplexe Finanzierungsstrategie**

- Finanzierung erfordert Zusammenspiel aus Fördermitteln, kommunalen Darlehen und privaten Investitionen.



### Grundsatz des Beihilfeverbots

- Staatliche Beihilfen sind nach Art. 107 AEUV verboten, wenn sie den Wettbewerb verfälschen oder behindern.

### Ausnahmen und Genehmigungen

- Bestimmte Beihilfen sind ausnahmsweise erlaubt und müssen von der EU-Kommission genehmigt werden.

### Private-Investor-Test

- Bei kommunalen Beteiligungen ist der Private-Investor-Test anzuwenden, um marktübliche Konditionen zu garantieren.

### De-minimis-Regelung

- Kleinere Beihilfen bis 200.000 Euro in drei Jahren fallen unter die De-minimis-Regelung ohne Genehmigungspflicht.



### **Rechtliche Herausforderungen**

- Anschlusszwang, Vergaberecht und Beihilferecht sind zentrale rechtliche Aspekte bei kommunalen Wärmenetzen.

### **Finanzielle Förderungen**

- Förderprogramme wie BEW, BEG, KWKG und KfW-Kredite helfen finanzielle Hürden zu überwinden.

### **Kooperation und Umsetzung**

- Erfolgreiche Wärmenetze erfordern Kooperationen, strategische Planung und umfassende Akteurseinbindung.

### **Nachhaltige Energieversorgung**

- Kommunale Wärmenetze sind essenziell für die Wärmewende und Klimaziele durch nachhaltige Energie.







[www.wr-recht.de](http://www.wr-recht.de)



[info@wr-recht.de](mailto:info@wr-recht.de)



Tel.: 040 / 350036-0



**Standort Hamburg**

Bleichenbrücke 11

20354 Hamburg

#### Hinweise

© Der gesamte Inhalt dieser Präsentation mit Ausnahme des Titelfotos ist ausschließliches Eigentum der WIRTSCHAFTSRAT Recht – Bremer Voitag Rechtsanwalts-gesellschaft mbH. Ohne Einwilligung der Rechtsinhaberin ist jegliche Übernahme zur Vervielfältigung und zur Nutzung für werbliche Zwecke oder die Änderung des Inhalts bei Beibehaltung der wesentlichen strategischen Aussagen – auch einzelner – Vorschläge unzulässig, wenn nicht dafür die schriftliche Genehmigung der Rechtsinhaberin eingeholt wurde.

Das Titelfoto wird unter einer CC 0 Lizenz über die Plattform Pexels bereitgestellt.